
PRESSEMITTEILUNG

Bürgerbüros:

Sorge 26, 07545 Gera

Markt 12a, 07545 Gera

E-Mail:

reinhardt@die-linke-thl.de

schubert@die-linke-thl.de

Gera, 04.02.2022

Landshaushalt beschlossen: Gera erhält deutlich mehr Geld

LINKE erwartet Einbeziehung der Stadträte bei der Priorisierung der Gelder

Die beiden Landtagsabgeordneten Andreas Schubert und Daniel Reinhardt begrüßen, dass mit dem heutigem Landshaushalt mehr Geld für den Geraer Haushalt bereit gestellt wird. „Insbesondere die deutliche Aufstockung der Schlüsselzuweisungen erhöht erneut substantiell den Handlungsspielraum für unsere Stadt.“ sind die beiden Landtagsabgeordneten der LINKEN, erfreut, die im Unterschied zu den Landtagsabgeordneten der AFD dem Landshaushalt zustimmten.

„Im Ergebnis der Verhandlungen zwischen r2g und CDU kann Gera mit dem nun beschlossenen Landshaushalt über weitere Schlüsselzuweisungen in Höhe von 4.661.091,68 Euro verfügen. Diese Gelder stehen jetzt also zusätzlich zu den im städtischen Haushalt veranschlagten Mitteln zur Verfügung. Wir fordern Oberbürgermeister Julian Vonarb auf, unverzüglich einen kommunalpolitischen Diskussionsprozess zu initiieren, für welche Ausgaben diese neuen Einnahmen schnellstmöglich verwendet werden sollen.

Vorstellbar wären für die Linksfraktion Investitionen in die Infrastruktur, wie Spielplätze und Schulbauten. Wir erinnern an dieser Stelle nochmals an unsere Anträge aus den letzten Stadtratssitzungen und die Zusage, dass diese Anträge bei Mehreinnahmen erneut diskutiert werden. Als Beispiel seien genannt die Gebärdendolmetscher für öffentliche Veranstaltungen, mehr Mülleimer und Radabstellplätze oder die öffentliche barrierefreie Toilette in der Innenstadt.

Es darf keinesfalls eine Fortsetzung der im vergangenen Jahr demonstrierten Ignoranz gegenüber den Mitwirkungsrechten der gewählten Vertreter der Einwohner in unserer Stadt geben.

Schon 2021 wurden zusätzliche Mittelzuweisungen des Landes in Höhe von 5 Millionen Euro ohne Rücksprache mit dem Stadtrat vorgenommen. Weder der Haushaltsausschuss noch sonst ein Gremium wurden einbezogen, sondern allein durch verwaltungsinterne Absprachen verteilt. Dies höhlt das Königsrecht des Stadtrates aus, über die Finanzen unserer Stadt zu entscheiden und entwertet damit das Wählervotum zur Stadtratswahl.“

Mit freundlicher Bitte um Veröffentlichung.